

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kästner, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhofs 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadenß

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8. August 1931

Zwischen Nil und Tigris.

Int. im Buch
Soz. Geschichts
Amsterdam

SPD. Im Vorderen Orient erfüllt der Nationalismus die geistige und wirtschaftliche Funktion, die er in Europa vor hundert Jahren erfüllt hat.

Hans Kohn.

Seit 1914 sind wir so in unser eigenes Schicksal verkrampft, so von unserem eigenen Unheil benommen, dass wir nur selten einen Blick dafür haben, was draussen in der Welt vorgeht. Von Staaten wie Irak, Transjordanien, Hedschas haben wir kaum den Namen je gehört, und von dem weltwichtigen Prozess, den Hans Kohn in seinem soeben erschienenen Buch "Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient" (Societäts-Verlag, Frankfurt a.M.) aufrollt, ist wenig mehr als ein schwacher Hauch zu uns gedrungen. Aber, Hand aufs Herz, auch vor 1914 brannten uns die Probleme dieser Völker nicht auf den Nägeln; sie fielen unter den Sammelbegriff der Untertanen des Padischah in Konstantinopel, und der war, ob es sich auch um einen bluttriefenden Armenierschlächter wie Abdul Hamid handelte, ein treuer Bundesgenosse Wilhelms II., der Rest ging uns nichts an. Und was sollten wir jetzt von den sozialen, kulturellen und nationalen Verschiebungen zwischen Nil und Tigris gross wissen, da der Durchschnittsdeutsche des Jahres 1931 selbst von dem Nachbarland Frankreich ein wildes Zerrbild im zottigen Busen trägt.

Das Buch Kohns füllt deshalb sozusagen einen weissen Fleck auf der Karte aus. Nicht nur stehen bei diesem gründlichen Kenner des Vorderen Orients Sachkunde, Urteilsvermögen und Darstellungskraft auf gleicher Höhe, sondern sein Werk fusst auch durchaus auf der uns vertrauten soziologischen Geschichtsbetrachtung. Wirtschaftliche Wandlungen sind ihm Voraussetzung für geistige Veränderungen, er gebraucht die von Friedrich Engels geprägte Bezeichnung "Geschichtslose Nation", die Untersuchungen der "Austromarxisten" über die Nationalitätenfrage haben ihm manchen Baustein geliefert, und als Motto könnte dem Ganzen das Wort Otto Bauers dienen: "Das Erwachen der geschichtslosen Nation ist eine der zahllosen Erscheinungsformen der kapitalistischen Entwicklung".

Hier handelt es sich um das Erwachen der arabischen Nation, soweit sie in den Ländern zwischen Nil und Tigris, also in Aegypten, Arabien, Syrien und Mesopotamien, siedelt. Vor einem Jahrhundert herrschte hier noch das unverfälschte Morgenland, bis in den Traum aus Tausendundeiner Nacht die modernen Verkehrsmittel einbrachen; der Suezkanal, die Bagdadbahn, die Hedschasbahn brachten an diese Gebiete die Wirtschaftsformen des Abendlandes heran. Aber erst die letzten Errungenschaften der Verkehrstechnik nach dem Weltkrieg haben wahrhaft revolutionierend gewirkt; auf den uralten Karawanenstrassen durch die Wüste bewegen sich Automobile in grosser Zahl, und die Achse des transkontinentalen Flugzeugverkehrs beginnt im ägyptisch-arabischen Raum die Linie Kairo-Bagdad zu werden. Mit dem Eindringen der kapitalistischen Produktionsweise in diese zurückgebliebenen Gauen entfaltet sich ein einheimisches Bürgertum, das sich rasch

seiner Aufgabe bewusst wird und genau wie vor hundert Jahren in Europa durch seine Vorhut, die Bildungsschicht, die Losung des Nationalismus und der Demokratie gegen die alte Zeit verfiucht. Ohne dass die Kraft des Islam von heute auf morgen verschwände, lockert sich für eine ganze grosse Welt die Jahrhunderte währende religiöse Bindung, um einer neuen, einer nationalen Bindung Spielraum zu lassen. Ein junges arabisches Nationalbewusstsein ist zwischen Nil und Tigris im Werden, am stärksten in den Gebieten, die wie Aegypten von Geldwirtschaft und Industrialisierung am meisten erfasst sind, am schwächsten in Teilen wie Hedschas und Nedschd, die noch dem schweifenden Nomadentum der Wüste sehr nahe stehen. Das nationale kompliziert sich überall durch ein soziales Problem, das im allgemeinen aus dem Landhunger der besitzlosen oder bodenarmen Bauernmasse entspringt und in den fortgeschrittensten Gebieten auch schon als Arbeiterfrage auftritt. Aber nationaler und sozialer Befreiungsdrang erscheinen als zwei Seiten einundderselben Bewegung; arabische Bauern und Arbeiter geben dem Kampf der Intelligenz erst die rechte Stosskraft.

Dieser Kampf richtet sich nicht nur gegen die einheimische Adels- und Priesterkaste, sondern mehr noch gegen den europäischen Imperialismus, der beim Zerfall des osmanischen Reichs am Ausgang des Weltkriegs hier festen Fuss gefasst hat. Während Ägypten 1922 die Erklärung seiner Unabhängigkeit erlebte, um gleichwohl unter britischem Einfluss zu bleiben, schufen die Gebieter Europas Palästina, Irak, Transjordanien, Hedschas, Jemen als englische Vasallenstaaten, und Frankreich setzte sich in seinem Mandatsgebiet Syrien wie in einer Kolonie fest. Aber London wie Paris hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. In den letzten zehn Jahren warf das arabische Nationalgefühl unausgesetzt Blasen; eine Revolution im Irak mussten die Engländer durch Fliegerbomben "beruhigen"; der Aufstand in Syrien kostete die Franzosen beträchtliche Opfer an Gut und Blut; die religiös fanatischen Wahabiten trugen ihre grüne Fahne ohne Rücksicht auf Wünsche und Beschlüsse europäischer Konferenzen bis nach Mekka und ans Rote Meer. Dank dieser Bewegung, aber auch dank der einsichtigen Politik der Londoner Arbeiterregierung sieht heute der Vordere Orient ganz anders aus, als es sich 1918/19 die Sieger im Weltkrieg beim Verteilen der Beute träumen liessen. Ägypten, Transjordanien, Irak, Syrien sind mehr oder minder unabhängige Staaten mit eigenen Verfassungen und Parlamenten, und eine trotzig Selbständigkeit bewahren auch die Wüstenstaaten Hedschas und Jemen. Das Irak wird sogar, ein bedeutungsvoller Schritt, im nächsten Jahr als vollgültiges Mitglied in den Völkerbund aufgenommen werden.

Noch sind die sozialen, kulturellen und politischen Unterschiede zwischen den einzelnen Teilen erheblich: hier noch Sippenverfassung der Urzeit, dort schon moderner Sozialismus, hier schon Arbeiterschutzgesetze des zwanzigsten Jahrhunderts, dort noch Bestrafung des Diebes durch Handabhacken und des Einbrechers mit dem Tod! Aber das Gefühl der arabischen Einheit zieht weiter seine Kreise. Der gestaltwandelnde Prozess, den Hans Kohn beschreibt, ist nur ein erster Anfang. König Feissal vom Irak erklärte schon 1923 dem britischen Hohen Kommissär ins Gesicht, "dass die Araber nichts Geringeres annehmen werden als die Einheit aller arabischen Länder", zu denen, wohlverstanden, auch das französische Nordafrika zählt, und bereits im April 1927 sah Kairo eine gewaltige Kundgebung der arabischen Einheit vom Jemen zum Libanon, vom Irak bis Marokko!

Hermann Wendel.

SPD. Die "Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse" teilt mit : Die Anwendung der Presse-Notverordnung vom 17. Juli 1931 hat den Beweis erbracht, dass die Verordnung nicht das geeignete Mittel zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen in der Presse ist. Die Bedenken und die Kritik, welche in der Kundgebung der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse vom 18. Juli ausgesprochen worden sind und die dem Reichsminister des Inneren am gleichen Tage zur Kenntnis gebracht wurden, haben sich leider in vollem Um-

fange als berechtigt erwiesen.

Das Präsidium der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse hat daher nochmals in einer Aussprache mit dem Reichsinnenminister die Aufhebung der Notverordnung gefordert. Da die Reichsregierung die sofortige Aufhebung nicht in Aussicht stellen konnte, hat das Präsidium der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse auf Wunsch des Reichsinnenministers Anregungen für eine grundlegende Umgestaltung der Notverordnung gegeben unter ausdrücklicher Wahrung des Standpunktes, dass die Notverordnung aufzuheben ist.

Der Reichsinnenminister hat zugesagt, bei der Kabinettsberatung über die Abänderung der Notverordnung die Anregungen der Reichsarbeitsgemeinschaft zu verwerten. Die Entscheidung über das Ausmass der Änderungen soll am kommenden Montag getroffen werden.

SPD. Rom, 8. August (Eig. Drahtb.)

Der italienische Ministerpräsident empfing am Sonnabend nach Abschluss der deutsch-italienischen Besprechungen die Vertreter der deutschen Presse in Rom.

Mussolini erklärte: "Es hat mir zur wahrsten Freude gereicht, dass ich die persönliche Bekanntschaft des Herrn Reichskanzlers Dr. Brüning und des Herrn Reichsaussenministers Dr. Curtius machen konnte, und es hat mich noch mehr gefreut, dass ich in den langen herzlichen Aussprachen, die wir in diesen Tagen gehabt haben, feststellen konnte, dass die zwei deutschen Staatsmänner von dem ernstesten Willen beseelt sind, mit entschiedener Tatkraft die Uebel, an denen Ihr Land noch leidet, zu heilen und ihrem Volke das zuversichtliche Vertrauen in eine bessere Zukunft wieder einzuflössen. Ich wünsche auch durch Ihre Vermittlung der deutschen Nation den Ausdruck meiner Ueberzeugung zukommen zu lassen, dass Deutschland auf sich selbst und auf die eigene Kraft sich verlassen kann und verlassen muss. Die politischen Kräfte in Deutschland sind unversehrt, und es ist bekannt, wie gross und reich sie sind. Diesen Kräften müssen noch die hohen moralischen Eigenschaften hinzugefügt werden, die das deutsche Volk in noch schwierigeren Verhältnissen bewiesen hat, und das genügt, um auch mich für die nächste Zukunft optimistisch zu stimmen.

Ich hoffe, dass diese Ausdrücke herzlicher Sympathie für Deutschland in Ihrem Lande nicht nur als ein Beweis meiner persönlichen Gefühle anerkannt werden, sondern auch als eine freundschaftliche Aeusserung des italienischen Volkes, das dem deutschen Volk durch jahrhundertelange Bande der Zivilisation und der Kultur sich verbunden fühlt und stets den grossen Beitrag Deutschlands für den Fortschritt der Menschheit auf allen Gebieten des Geistes, der Wissenschaft und der Kunst richtig eingeschätzt hat.

Ich habe mich lange auch mit dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Minister des Auswärtigen Amtes über die Notwendigkeit einer bereitwilligen und aufrichtigen Zusammenarbeit aller Regierungen sowohl in den politischen als auch in den wirtschaftlichen Fragen unterhalten, damit in der Welt der wahre Friede des Geistes wiederhergestellt werde, und ich habe ihnen versichert, dass Italien mit allen seinen Kräften zu diesem friedlichen Werke sein Bestes weiterhin beitragen werde. Ich bin mit den deutschen Staatsmännern in der Anerkennung der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zur Erreichung dieser Ziele vollkommen einig gewesen sowie darin, dass unser Möglichstes geschehen muss, damit der Erfolg der nächsten Abrüstungskonferenz, der eine grundsätzliche Bedingung zur Wiederherstellung des Friedens in der Welt ist, gesichert wird."

+ + +
Die amtliche italienische Agentur teilt zu den deutsch-italienischen Besprechungen folgendes mit :

"Während des Aufenthaltes des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaussenministers Dr. Curtius in Rom hatten die Staatsmänner wiederholt Gelegen-

heit zu einem ausgiebigen Meinungs-austausch. Dieser war auf den Geist gegenseitigen freundschaftlichen Verständnisses und lebhafter Herzlichkeit abgestimmt. Im Laufe der Verhandlungen wurde die allgemeine europäische Lage besprochen und Uebereinstimmung über eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Völker festgestellt. Ebenso bestand Uebereinstimmung darüber, dass die Abrüstungskonferenz für das Schicksal Europas von entscheidender Bedeutung sein müsse und dass dafür von allen alle Kräfte eingesetzt werden müssten."

SPD. Köln, 8. August (Eig. Drahtb.)

Die Sonnabend-Ausgabe des Kölner Nazi-Blattes ist auf Anordnung des Kölner Regierungspräsidenten beschlagnahmt worden.

Das Nazi-Blatt hatte die preussische Regierung in seiner Freitag-Ausgabe gröblich beschimpft und die Kundgebung der Regierung mit der Begründung nicht veröffentlicht, dass sie ihm nicht zugegangen sei. Tatsächlich ist dem Blatt aber die Kundgebung bereits am 6. August gegen Empfangsbescheinigung zugestellt worden. Als die Zustellung der Kundgebung am 7. August wiederholt wurde, erklärte der Vertreter des Nazi-Blattes, er nehme vom Polizeipräsidium in Köln keine Zustellung an. Da auch die Ausgabe vom Sonnabend die Kundgebung der Staatsregierung nicht enthielt und das Blatt zugleich wieder in der gemeinsten Weise gegen die preussischen Minister hetzte, wurde es am Sonnabend beschlagnahmt.

Das Kölner Nazi-Blatt kann schon seit Monaten weder richtig leben noch sterben. Es geht ihm ausserordentlich dreckig. Angesichts dieses Zustandes scheinen die Herren des Organs auf das Verbot ihres Blattes hinzuwirken. So hoffen sie wenigstens in Ehren zu sterben. Die Methoden, die sie zu diesem Zwecke anwenden, entsprechen echtem Nazi-Geist. Anstatt offen zu sagen, jawohl, wir haben die Kundgebung der Staatsregierung erhalten, aber wir drucken sie nicht - leugnen sie den Empfang der Kundgebung. Ihre Courage, die sie damit nach aussen dokumentieren wollten, ist in Wahrheit nichts anderes als elende Feigheit. Sie haben damit wieder einmal ihre Reife für das "Dritte Reich" bewiesen.

SPD. Die Anpöbelungen, die dem Reichspräsidenten kürzlich während seines Aufenthaltes in Rosenberg (Westpreussen) durch nationalsozialistische "Lausejungen" zuteil wurden, hatten den Magistrat von Rosenberg zu einem Entschuldigungsschreiben an Herrn von Hindenburg veranlasst. Die Antwort, die Reichspräsident von Hindenburg auf dieses Schreiben gab, hat folgenden Wortlaut:
"Der Reichspräsident. Berlin, 29. Juli 1931.

Geehrte Herren!

Haben Sie Dank für Ihr Schreiben vom 23. d. M., aus dem ich mit Genugtuung ersehe, dass Sie die Anpöbelung missbilligen, der ich neulich ausgesetzt war, und die mich bei meinem hohen Alter doppelt verührte. Ich nehme an, dass die jungen Leute zu ihrer Ungezogenheit lediglich durch Verhetzung bestimmt worden sind, und bin daher bereit, den unliebsamen Zwischenfall zu vergessen.

Mit freundlichem Gruss

von Hindenburg,

Generalfeldmarschall und Ehrenbürger von Rosenberg."

Als die verhetzten jungen Leute, oder "Lausejungen", wie der Sohn des Reichspräsidenten die Rowdies bezeichnet hat, den Reichspräsidenten in Rosenberg anpöbelten, äusserte der Reichspräsident in begreiflicher Erregung: "Heute regieren in Deutschland Männer und keine Sch...kerls". Das Wort "Lümmels" ist u. W. nicht gefallen.

SPD. Kiel, 8. August (Eig. Drahtb.)

In dem Heider Nazi-Prozess sind sämtliche Angeklagte, die seinerzeit die Teilnehmer einer Löbe-Kundgebung überfallen und teilweise übel zugerichtet hatten, freigesprochen worden. Das merkwürdige Gericht hat angenommen, dass alle Nazis in Notwehr gehandelt hätten. Ja, die armen Rowdies!

SPD. In dem kleinen Weingärtnerdorf Löwenstein bei Heilbronn erklärte der Nazi-Mann Dr. Naser in einer öffentlichen Versammlung :

"Gebt uns für 24 Stunden die Karabiner Deutschlands und wir werden andere Verhältnisse schaffen!"

"Andere Verhältnisse" durch Mord und Totschlag! Treffender kann die Nazi-Bewegung wohl kaum charakterisiert werden.

SPD. Paris, 8. August (Eig. Drahtb.)

Die Gewitterperiode in Frankreich ist noch immer nicht zu Ende. Aus der Gegend von Betune in Nordfrankreich werden zahlreiche Uberschwemmungen gemeldet, die durch heftigen Gewitterregen hervorgerufen wurden. In verschiedenen Gemeinden erreichte das Wasser in den Strassen eine Höhe von einem Meter. Auf dem Lande sind viele Bauerngehöfte völlig vom Wasser umgeben. Der Ernteschaden wird auf mehrere Millionen Francs beziffert. In Brive (Mittelfrankreich) und in den umliegenden Gemeinden schlug der Blitz in zahlreiche Häuser ein, die zum Teil niederbrannten. In einem Dorf bei Marseille ist der Kirchturm abgebrannt. Aus verschiedenen Teilen Frankreichs werden ferner Todesfälle durch Blitzschlag gemeldet.

SPD. Der Hauptvorstand der Reichsorganisation der deutschen Mieterschaft, Bund Deutscher Mietervereine e.V. (Sitz Dresden), hat in einer Berliner Sonder-tagung zu den Plänen auf Umgestaltung der Hauszinssteuer Stellung genommen. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in einer Entschliessung, der wir u.a. folgendes entnehmen :

"Die durch Inflation und Aufwertungsgesetzgebung eingetretene Entschul-dung des Althausbesitzes muss unter laufendem Abbau des Anteils für den allge-meinen Finanzbedarf voll für die Zwecke der Wohnungswirtschaft, insbesondere des Wohnungsneubaus und der Siedlung gesichert werden. Die Mieterschaft er-hebt erneut die Forderung auf Umwandlung der jetzigen Hauszinssteuer in eine Rente, die für das ganze Reich gleichmässig erhoben wird, die volle Entschul-dung abgilt und dinglich am Grundstück gesichert wird. Für die wirtschaftlich schwachen Bewohner und bei Leerräumen muss ein Rechtsanspruch auf Ermässigung des Mietzinses oder der Rente gegeben werden. In Verbindung mit der Umgestal-tung muss eine Senkung der Alt-, Neubau- und Geschäftsraumieten bis auf die Höhe der Vorkriegsmieten erfolgen."

SPD. Rom, 8. August (Eig. Drahtb.)

Der Reichskanzler und Reichsaussenminister haben Rom am Sonnabend-Abend um 9 Uhr 40 mit einem von der italienischen Regierung zur Verfügung gestell-ten Sonderzug wieder verlassen. Vorher waren Brüning und Curtius noch vom Papst in Sonderaudienz empfangen worden.

In Abschiedserklärungen vor der deutschen Presse hielt sich der Reichs-kanzler ebenso wie Mussolini am Vormittag in allgemeinen Wendungen. Immerhin war ihnen zu entnehmen, dass die Besprechungen in Rom allgemein politischer

und wirtschaftlicher Natur waren und irgendwelche Sonderabmachungen nicht abgeschlossen worden sind. Die Weltwirtschaftskrise, die zur Besprechung gestanden habe, so erklärt Brüning, sei in erster Linie mit ein psychologisches Problem. Es sei deshalb zunächst die Hauptsache, zwischen allen Völkern den Geist einer vertrauensvollen Zusammenarbeit herzustellen. Nur so sei eine Lösung der Krise möglich. Inbezug auf die Abrüstungskonferenz könne nur ein wesentlicher Erfolg zur Beruhigung der Völker beitragen.

Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärte, dass in Rom das Gegenteil von der Epoche einer Block-Politik auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet eingeleitet worden sei.

SPD. In Berlin kam es am Sonnabend wieder zu zahlreichen blutigen Zusammenstößen. Wieder waren die Urheber fast ausschliesslich blutjunge, nicht wahlberechtigte Burschen.

Als um die Mittagszeit Polizeibeamte am Bülow-Platz in unmittelbarer Nähe des Karl-Liebknecht-Hauses eine Ansammlung auflösen wollten, wurden sie von jugendlichen Elementen tätlich angegriffen. Die Beamten wehrten sich ihrer Haut mit der Schusswaffe. Ein Demonstrant, ein 19jähriger Klempnerlehrling, wurde von einer Kugel in die Brust getroffen. Auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb er. Ein zweiter Demonstrant, ein Jüngling von nicht einmal 19 Jahren, erhielt einen Armschuss. Nachdem die Polizei Verstärkungen erhalten hatte, konnte die Ruhe am Bülow-Platz bald wieder hergestellt werden.

Am Nachmittag überfielen Nationalsozialisten im Alter zwischen 16 und 18 Jahren mehrere Reichsbannerleute, die Flugblätter gegen den faschistisch-kommunistischen Volksentscheid verteilten. Ein Reichsbannermann erlitt einen schweren Schädelbruch. Er wurde sterbend ins Urbankrankenhaus geschafft. Messer und Dolche waren die Handwerkszeuge der faschistischen Bundesgenossen der KPD. In der Petersburger Strasse wurde ein Reichsbannermann von Kommunisten überfallen und am Hals durch Messerstiche schwer verletzt. Alter der Verbrecher: Zwischen 16 und 18 Jahren. Zur gleichen Zeit schlugen Nationalsozialisten und Kommunisten in Moabit mehrere Reichsbannerleute, die ebenfalls Flugblätter verteilten, nieder. Hier betrug das Durchschnittsalter der kommunistisch-nationalsozialistischen Verbrecher-Kolonnen 17½ Jahre. Schliesslich plünderten Kommunisten in der Schönhauser Allee noch ein Lebensmittelgeschäft. Der Anführer der Räuber zählte ganze 19 Lenze. Seine Kumpane waren durchweg weniger als 20 Jahre.

Schon seit Monaten müssen wir mit Entsetzen beobachten, dass der Terror in Berlin und ebenso im Reich durchweg von blutjungen Burschen ausgeübt wird. Die Sonnabend-Ereignisse in Berlin sind dafür wieder einmal ein charakteristisches Beispiel. Der Fall, dass sich unter den verhafteten Rowdies auch einmal einer mit 25 Jahren oder gar noch mehr befindet, wird mehr und mehr zur Seltenheit! Wer das 25. Lebensjahr überschritten hat, ist für die Terroristen von heute nicht mehr rowdyfähig, der gilt in ihren Augen bereits als "alter Herr". Diese Erfahrung offenbart einen Geisteszustand eines grossen Teiles der nicht einmal dem Elternhaus entwachsenen Jugend, der einfach nicht länger zu ertragen ist. Hier muss im Interesse der Staatsautorität endlich schärfer zugegriffen werden. Nicht nur, indem man immer mehr Exempel statuiert und drakonische Strafen verhängt, sondern auch von der politischen Seite her. Was nutzen bei der Jugend, wie sie sich heute mit Messern und Dolchen in der Tasche auf der Strasse herumtreibt, noch Mahnungen und erzieherische Einwirkungen? Sie nutzen garnichts und deshalb liegt es nicht zuletzt auch im Interesse dieser Jugend, die verhetzt und verführt, garnicht überblickt was sie treibt und wie sie ihrer Zukunft schadet, dass sie durch Zwang und durch Gesetz wenigstens vorübergehend von politischen Demonstrationen und Ansammlungen ferngehalten wird. Der gegenwärtige Zustand bläst nicht nur eine Gefahr für jeden Polizeibeamten, der jeden Augenblick gewärtig sein muss, von

einem kaum der Schule entlassenen Burschen niedergeschossen zu werden, sondern er bildet ganz allgemein eine Gefahr für jeden Menschen, der ruhig seinen Weg geht und schliesslich doch daran glauben muss, weil er anders denkt, als jenes Gesindel zwischen 16 und 19 Jahren, das heute die Strasse zu beherrschen versucht.

SPD. Bochum, 8. August (Eig. Drahtb.)

In Anwesenheit des preussischen Innenministers Severing wurde am Sonnabend das neue Bochumer Polizeipräsidium seiner Bestimmung übergeben. In der Festansprache und in einer Rede an die Schutzpolizei betonte Severing, dass in diesen Tagen der stärksten Friedensbemühungen der Friede im Volke gewahrt und der Bürgerkrieg vermieden werden müsse. Es sei zu berücksichtigen, dass viele aus Not und Verzweiflung sich zu denen fänden, die den inneren und vielfach auch den äusseren Frieden nicht wollten. Gegenüber den gewerbsmässigen Ruhestörern aber, gebe es kein Pardon! Es solle nicht geschossen werden solange Ueberredung und andere Mittel wirksam seien. Wenn aber der Gegner zur Waffe greife, müsse durchgegriffen werden.

SPD. Hannover, 8. August (Eig. Drahtb.)

Der "Niedersächsische Beobachter", ein Wochenblatt der Nationalsozialisten in Hannover, das neben der zurzeit verbotenen Tageszeitung besteht, hat sein Erscheinen eingestellt. Die Geldknappheit ist bei dem Blättchen so gross, dass in letzter Zeit weder die Papierfabrikanten noch die Drucker befriedigt werden konnten und sich auf leere Versprechungen nicht mehr einliessen. Die hiesige Nazi-Gauleitung ist von der Zahlungsunfähigkeit des Nazi-Organs seit längerer Zeit unterrichtet. Sie hat bisher aber nichts unternommen um den Arbeitern zu ihren Löhnen zu verhelfen. Seit drei Wochen sind von dem Blättchen weder Löhne noch Gehälter gezahlt worden. Trotzdem hat man für den hiesigen Osaf-Stellvertreter Nord, Lutze, einen neuen prunkvollen Wagen, einen Daimler-Benz, angeschafft, der die Kleinigkeit von vielen tausend Mark kostet.

SPD. Hier eine neue Verlautbarung aus dem Nazi-Lager über den Geist und die Zustände bei Hitlers. Die Verlautbarung stammt aus der Hildesheimer Nazi-Bewegung und besagt u.a.:

"Bei der Mehrzahl der GP. herrscht eine unwürdige Laschheit.... Anstelle von Arbeitswillen, von Kampfeswillen beseelten Kämpfern waren Schwätzer ohne jedes Verantwortungsgefühl getreten. Anstatt eines Zusammenarbeitens der verschiedenen Dienststellen war ein unbewusstes Gegeneinander und Durcheinander eingetreten. Die Bewegung ist durchsetzt von Spitzeln und Provokateuren, welche nach unserem grossen Erfolg vom 14. September 1930 Morgenluft witterten und nun glaubten, etwas für sich gewinnen zu können.... Schwindlern wurde Gelegenheit gegeben, unsere Bewegung zu schädigen.... Die Werbung für unsere "Niedersächsische Tageszeitung" hat bei den meisten unserer Parteigenossen vollkommen versagt. Es herrschte Mangel an ausgebildeten Funktionären... Die Ortsgruppe wurde in Schulden gebracht... Schwätzer, welche falsche Parolen oder Unwahrheiten, werden aus der Bewegung entfernt."

Mit wenigen Worten: Ein grosser Dreckhaufen!

SPD. Koblenz, 8. August (Eig. Drahtb.)

Die Stadt am deutschen Eck, wo kurz nach der Befreiung des Rheinlandes der "Stahlhelm" zur Revanche aufrief, prangt seit Sonnabend in der Pracht der schwarztrotgoldenen Farben. Das Reichsbanner hat nach Koblenz zu einer Verfassungskundgebung aufgerufen, die am Sonnabend-Abend mit einem prächtigen Fackelzug begann und am Sonntag ihre Fortsetzung finden wird. Aus allen Teilen des Rheinlandes, aus Westfalen, aus Eupen-Malmedy, dem Saargebiet und dem Hessenlande trafen am Sonnabend-Vormittag und Nachmittag tausende und aber-tausende von Reichsbannerkameraden zu Fuss, auf Lastautos und mit der Eisenbahn in der Stadt am deutschen Eck in Koblenz ein. Es sind weit über 40 000 Reichsbannerleute, die in schwieriger Zeit wieder einmal ihre Treue zur Repu-blik bekunden.

Die Kundgebung, die am Sonntag ihren Höhepunkt erreichen wird, steht un-ter der Devise "Völkerfrieden und Völkerverständigung". In einer Festschrift, die das Reichsbanner anlässlich der Verfassungsfeier am deutsche Eck heraus-gegeben hat, weist Ministerpräsident Braun mit folgenden Worten auf die Bedeu-tung des Tages hin: "Der Aufmarsch des Reichsbanners zur Verfassungsfeier er-bringt der Umwelt Deutschlands den Beweis, dass unser Verfassungstag keinen Anlass gibt, anderen Völkern Fehde anzusagen oder mit Ueberschwang chauvinisti-schen Gefühls Drohungen über die Grenze zu rufen. Nur in der Friedensarbeit und in dem von Vernunft und Einsicht diktierten Zusammengehen der Völker liegt die bessere Zukunft der Welt und auch Deutschlands begründet." In diesem Sinne werden auch die Festreden der preussischen Minister Hirtsiefer und Severing gehalten sein. Es ist seit langer Zeit das erste Mal, dass der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer wieder in einer öffentlichen Versammlung des Reichsbanners das Wort nimmt. Auch das darf man als ein Zeichen dafür wer-ten, dass die früheren Differenzen zwischen Reichsbanner und Zentrum aus der Welt geschafft sind.

SPD. Hannover, 8. August (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht in Peine verurteilte 15 kommunistische Angeklagte wegen Landfriedensbruch zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu 1 1/4 Jahren. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, gegen sechs Angeklagte musste die Anklage im Laufe der Verhandlung fallen gelassen werden.

Zwischen den 24 kommunistischen Angeklagten und einem Trupp Nazis war es am 30. Juni anlässlich eines Naziaufmarsches zu einer blutigen Strassenschlacht gekommen, die ausser zahlreichen Schwer- und Leichtverletzten auch ein Todes-opfer forderte. Merkwürdig mutete es an, dass auf der Anklagebank lediglich Kom-munisten sassen, während die Nazis als Belastungszeugen fungierten.

SPD. Mühlheim/Ruhr, 8. Aug. (Eig. Dr.)

Das Mühlheimer Polizeipräsidium teilt zu dem christlich-deutschnationalen Deva-Heim-Skandal mit: "Gegen den Generaldirektor der Deva-Heim, Wilhelm Jeppel, schwebt ein Ermittlungsverfahren wegen Betrug als Direktor der hiesi-gen Baugenossenschaft des Deutsch-Evangelischen Volksbundes in Mühlheim-Dümp-ten. Jeppel soll den Interessenten betrügerische Versprechungen gemacht haben, um sie als Mitglieder der Baugenossenschaft zu werben, damit sie 500 Mark Ein-lage zahlten. Sie mussten gleichzeitig eine Haftsumme in gleicher Höhe über-nehmen. Von deneingegangenen Geldern hat Jeppel vorwiegend sein Gehalt be-stritten und den Rest teilweise als Gehälter für seine ebenfalls in den Dienst der Baugenossenschaft geschobenen Verwandten verwandt. Alle Personen, die sich durch Jeppel betrogen fühlen oder bei denen der Versuch dazu gemacht wurde, werden ersucht, bei der Kriminalpolizei vorzusprechen."

Aus aller Welt

12 Jahre Verfassung.

Das deutsche Volk feiert das Werk von Weimar.

SPD. Zwölf Jahre Verfassung der Republik. Das bedeutet, 12 Jahre Kampf gegen Finsterlinge und Verfälscher, gegen Volksfeinde und Verfassungsbrecher. Denn die Verfassung lebt und wirkt, allem Ansturm ihrer legalen und illegalen Feinde zum Trotz. Die Verfassung des Volksstaats, geschaffen und durchgesetzt im Sturm schwerster innerer und äusserer Krisen, ist ein Werk, zu dem wir uns bewusst bekennen. Ein Werk, von dem wir nichts abhandeln lassen, dessen Worte nicht nur Theorie, sondern Inhalt bedeuten müssen. Volksverfassung im wahren Sinne des Wortes -: das sei unser Ziel. Aus dem Buchstaben muss die Tat, aus der Theorie die schöpferische Praxis werden. Das sei an diesem 12. Jahrestag des Werkes von Weimar unser Gelöbnis.

31. Juli 1919, abends gegen 9 Uhr. Die Weimarer Nationalversammlung hat das Verfassungswerk zum Abschluss gebracht. Die Gesamtabstimmung erfolgt namentlich, sie ergibt die Annahme der demokratischsten Verfassung der Welt, die mit den Worten beginnt: "Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus" mit 262 gegen 75 Stimmen. Der alte Fehrenbach, Präsident der Nationalversammlung, erklärt: "Das Verfassungswerk ist also angenommen (lebhafter Beifall). Das Wort hat der Herr Ministerpräsident." Ministerpräsident Bauer führt unter stärkster Aufmerksamkeit des Hauses u. a. aus: "Durch Ihre eben beendete Abstimmung ist die Verfassung der deutschen Republik in Recht und Gültigkeit getreten. Sie ist die wahre Geburtsurkunde des Staatswesens, das von nun an Form und Träger des deutschen Volkswesens bilden soll. Eine neue Zeit beginnt, möge es auch eine bessere sein..... Aus den Händen des Volkes haben Sie Ihr Mandat empfangen, in seine Hände legen Sie nun das politische Gesetzbuch der Republik. Es ist mein und Ihrer aller inbrünstiger Wunsch, dass es die Grundlage des neuen Aufstiegs für die Einzelnen und für die Gesamtheit sein möge....." Und Dr. David, der Minister des Innern, betont: "....Sie (die Weimarer Verfassung) ist ein Friedenswerk im besten Sinne des WortesDer Wille des Volkes ist das oberste Gesetz....Nirgends in der Welt ist die Demokratie konsequenter durchgeführt als in dieser Verfassung....."

11. August 1921. Am 11. August 1921 feiern die Berliner zum ersten Male den Verfassungstag. Die Sozialdemokratie erlässt einen Appell, in dem es heisst: "Heraus mit Schwarzrotgold! Morgen Verfassungstag!"

11. August 1922. Der 11. August 1922 wird zu einer ergreifenden Kundgebung für Freiheit und Republik. Von der Freitreppe des Reichstags aus ruft Friedrich Ebert die in gewaltigen Scharen herbeigeeilten Republikaner auf, die Verfassung von Weimar zu vertiefen und fest zu begründen, und Joseph Wirth, noch unter dem Eindruck des entsetzlichen Attentats auf Walter Rathenau, gedenkt der Opfer rechtsradikaler Mordbanditen, gedenkt des gefallenen Aussenministers der Republik Rathenau, gedenkt Erzbergers und all der andern, die als Märtyrer des Volksstaats im Gedächtnis der Massen fortleben.....Sechs Wochen vorher war Walter Rathenau von den Kugeln der Rechtsradikalen Kern und Fischer gemeuchelt worden.

11. August 1923. Die Wellen der Inflation schlagen über Deutschland zusammen. Der Reichspräsident Ebert erlässt am Verfassungstag eine Kundgebung an das deutsche Volk, in der es heisst: "In schwerer Bedrängnis rückblickend auf ein Jahr des Leidens und Duldens, vorwärtsschauend in dunkelverhangene Zukunft, begeht heute Deutschland seinen Verfassungstag. Jeder von uns kennt das ungeheure Ausmass unserer Not und Bitterkeit. Und dennoch: Wir wollen den besonderen Sinn dieses Tages nicht vergessen. Das deutsche Volk hat sich seine Verfassung gegeben, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äusseren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Diesen Willen wollen wir heute aufs Neue bekunden und bekräftigen.... Deutsche, lasst das Ergebnis dieses Tages mitten in der Not ein unerschütterliches Bekenntnis sein, ein Bekenntnis zum einigen, unteilbaren, der Zukunft trotz allem ungebeugt entgegengehenden Deutschen Reich, zur deutschen Republik...." Am Mittag des 11. August findet im Reichstag die Feier der Reichsregierung statt. Als Reichspräsident Ebert um 12 Uhr erscheint wird er von einer nach vielen Tausenden zählenden Menge mit stürmischen Hochrufen empfangen.

11. August 1927. Verfassungsfeier im Reichstag. Reichstagsvizepräsident Kardorff hält die Festrede und findet warme Worte des Gedenkens für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, der sich im Dienst an Nation und Volk aufgezehrt habe. Im Namen der Reichsregierung spricht Kanzler Marx. Am Abend bewegt sich ein unendlicher Fackelzug von vielen Zehntausenden begleitet durch den Westen Berlins über die Linden zum Reichstag. Es ist eine der gewaltigsten Demonstrationen, die Berlin je erlebt hat. Die Kolonnen des Reichsbanners Schwarzrotgold an der Spitze, dahinter in zweistundenlangem Zug das republikanische Volk von Berlin. Am Reichstag werden die Tausende von Fackeln zu einem meterhohen Brand zusammengeworfen. Reichstagspräsident Löbe spricht begeisternde Worte. Die Hunderttausend, die das Riesenrund füllen, jubeln ihm stürmisch zu.

Zwölf Jahre Geschichte der Republik und ihrer Verfassung. Im Geiste von Weimar wollen wir weiterkämpfen für die Ziele der grossen Sozialdemokratie!

Eine patentierte Rose. Das amerikanische Patentamt in Washington hat einem Blumenzüchter aus New Brunswick (New Jersey) ein Patent auf eine "immer blühende Rose" gewährt. Für die Zeit von 17 Jahren besitzt der Züchter das alleinige Recht, "seine Erfindung oder Entdeckung zu reproduzieren, wirtschaftlich auszunutzen und zu verkaufen".

Marlene Dietrich verklagt. Die geschiedene Gattin des Regisseurs Sternberg in Hollywood hat die deutsche Filmschauspielerin Marlene Dietrich auf Zahlung von einer halben Million Dollar Schadensersatz verklagt. Gegenstand der Klage ist "Entfremdung der Gefühle Joseph Sternbergs von seiner Ehegattin." Ausserdem hat Frau Sternberg ihren Gatten auf Zahlung von Alimenten verklagt.

Kalter Winter bevorstehend? Der schwedische Meteorologe Snadström stellte bei einer Untersuchung des Golfstroms bei Island und den Farö-Inseln fest, dass der Golfstrom augenblicklich die tiefste jemals gemessene Temperatur aufweist. Während in früheren Jahren durchschnittlich 12 Grad Wärme gemessen wurden, zeigte das Thermometer diesmal nur 9 Grad an. Der Gelehrte erklärt diese Tatsache damit, dass es in diesem Jahre in den Tropen weniger warm gewesen zu sein scheint, was sich natürlich in der Temperatur des Golfstroms bemerkbar machen müsse. Bestimmte Voraussagen für das kommende Wetter liessen sich noch nicht machen, aber allem Anschein nach müsse Europa mit einem kalten Winter rechnen.

Die Berliner Funkausstellung. Vom 21. bis 30. August dieses Jahres wird in Berlin in den Ausstellungshallen am Funkturm die "Grosse Deutsche Funkausstellung und Phonoschau Berlin 1931" stattfinden. Mehr als 300 Aussteller haben ihre Beteiligung zugesagt. Die Ausstellung verspricht die grösste europäische Fachausstellung der elektro-akustischen Industrie zu werden. Als Sonderaussteller beteiligen sich u. a. die Deutsche Reichspost, die Reichsrundfunkgesellschaft und die Heinrich Herz-Gesellschaft für Schwingungsforschung. Durch Errichtung eines Klangfilm-Tobis-Ateliers, in dem alle in Frage kommenden technischen Apparaturen und Einrichtungen praktisch vorgeführt werden, soll das Publikum in die Arbeit des Filmschaffens Einblick erhalten.

† † †
Die erste Fluglehrerin. Die Kölner Fliegerin und Kunstflugmeisterin Liesel Bach erhielt als erste Frau in Deutschland durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz ihre Bestätigung als Fluglehrerin.

† † †
Zwei Kinder verbrannt. In Geich bei Euskirchen (Rheinland) kamen bei einem Scheunenbrand die siebenjährigen Zwillingsskinder eines Landwirts in den Flammen um.

† † †
Verfassungspostkarte. Anlässlich des Verfassungstages am 11. August gibt die Reichspost eine besondere Verfassungspostkarte heraus, mit deren Verkauf am 10. August begonnen werden wird. Die Karte trägt den 8 Pfennig-Freimarkenstempel der gewöhnlichen Postkarte, zeigt aber auf dem linken Teil der Vorderseite das Bildnis des Freiherrn von Stein. Die Karte, die nur in beschränkter Auflage verausgabt wird, kann auch nach dem Ausland verschickt werden.

† † †
Heimholung der "Emden"-Toten. Der neue deutsche Kreuzer "Emden" fährt zurzeit von Batavia nach den Kokos-Inseln, um dort die Leichen der Besatzung der alten "Emden" aufzufinden und für ein ehrenvolles Begräbnis Sorge zu tragen. 230 deutsche Seeleute fanden auf der alten "Emden" vor 16 Jahren im Seegefecht bei den Kokos-Inseln den Tod. Das Schiff wurde damals von dem australischen Kreuzer "Sidney" versenkt.

† † †
Lappen als Eskimo-Lehrer. Die kanadische Regierung verpflichtete drei Lappländerfamilien aus Norwegisch-Finmarken, den kanadischen Eskimos in Alaska Unterricht in der Renntierzucht zu erteilen. Die Lappenfamilien haben die Reise nach Alaska bereits angetreten.

† † †
Eine fleischfressende Kuh. In Oldsbury (Kanada) wird zurzeit das Phänomen einer Kuh studiert, die kürzlich einer besonderen Ernährungsart unterworfen wurde: der üblichen Nahrung von Gras und Heu waren kleinere Mengen von feingeschabtem Fleisch beigegeben. Der Erfolg ist, dass die Kuh eine fast ausschliesslich aus Sahne bestehende Milch erzeugt. Die Versuche werden fortgesetzt.

† † †
Seltsame Hochzeitsüberraschung. In Zwetzan (Südslavien) fiel plötzlich in den Wagen eines zur Kirche fahrenden Brautpaares ein mächtiger Stein. Die Braut wurde leicht verletzt. Da kein Mensch, der den Stein in den Wagen geworfen haben konnte, sichtbar war, bemächtigte sich der Hochzeitsgesellschaft so grosse Furcht, dass sie die Trauung verschob. Später stellte es sich heraus, dass es sich um einen Meteorstein gehandelt hat.



Neue Rohstoffkrise.

(Durch die Vorgänge in Deutschland ausgelöst - Noch nie dagewesener Preistiefstand.)

SPD. Die Weltwarenmärkte stehen durchaus unter dem Eindruck der Erwartung, ob Deutschland in absehbarer Zeit wieder als Käufer auf den Weltmärkten auftreten kann. Deutschland ist für eine Reihe von industriellen Rohstoffen, insbesondere für Metalle, Baumwolle und Oelfrüchte, aber auch für Genussmittel wie Kaffee und Tabak einer mit der entscheidendsten Käufer. Dass die letzten Ereignisse Deutschlands Kaufkraft fürchterlich geschwächt haben, liegt auf der Hand. Solange sich Deutschland nicht neue echte Rembourskredite (Kredite, die für die Einfuhr von Waren vom Auslande gegeben werden) beschaffen kann, stockt die Einfuhr solcher Waren mehr oder weniger. Das hat sich selbstverständlich auf die Warenmärkte ausgewirkt. Die Warenmärkte sind in eine neue Periode sinkender Preise getreten.-

Dieser Zustand prägt sich besonders auf den Metallmärkten aus. Hier haben in den letzten Wochen die Kupferpreise einen Tiefstand erreicht, der in der Geschichte noch nie da war. Wie stark die Flaute ist, beweist die Tatsache, dass der Bleipool vergebens alle Kräfte angestrengt hat, um den Bleipreis zu halten. Auch die angeblichen Abmachungen über ein europäisches Zinkkartell sind auf die Zinkmärkte ohne jeden Einfluss geblieben. Auch Zinn hat sich unter den Schwankungen wieder abgeschwächt.

Ganz ähnlich erging es den Baumwollmärkten. Hier kommt zu den oben genannten Störungen noch die Tatsache, dass sich die Baumwollpflanze im nordamerikanischen Baumwollgürtel bis jetzt wesentlich besser entwickelt hat, als man im Frühjahr annahm. Wenn die nächsten Wochen nicht ungewöhnlich schwere Schäden bringen, ist mit einer ausgezeichneten Ernte zu rechnen. Die Preise für Baumwolle liegen jetzt etwa auf dem Stand vor dem Kriege, womit allerdings die niedrigsten Preise der Vorkriegszeit noch nicht erreicht sind. Bei Wolle hat sich die Ungunst der ganzen Situation besonders auf der letzten Londoner Versteigerung gezeigt und zwar vor allem darin, dass mehr Ware zurückgezogen und die Versteigerung eher abgebrochen wurde, als ursprünglich beabsichtigt war.

Die ungeheure Schwäche der Getreidemärkte - Weizen ist an der Chicagoer-Börse auf den Stand von 1894 gesunken - hängt selbstverständlich weniger mit der Lage in Deutschland zusammen. Denn hinter der "Schieleschen Mauer", wie ein witziger Kaufmann in diesen Tagen unsere kombinierte Zoll-, Subventions- und Devisenpolitik taufte, fällt Deutschland für den Getreideweltmarkt sowieso so gut wie ganz aus. Aber die Missernte in Kanada scheint nicht ganz so schlimm zu werden, wie man ursprünglich befürchtete, und die Erträge in den europäischen Ländern dürften im allgemeinen, besonders beim Weizen und bei der Sommerfrucht, nach Menge und Beschaffenheit mittel bis gut ausfallen. Scheint sich doch in Deutschland sogar heraus zu stellen, dass der Roggen trotz des schlechten Wetters im Juni und Juli eine Mittelernte von guter Beschaffenheit liefert. Auch haben sich die Anbaueinschränkungen in Argentinien und Australien noch nicht auswirken können, da man erst dort um Weihnachten erntet. Sie werden also die riesigen Läger aus der alten Ernte in keiner Weise beeinflussen. Infolgedessen sind die Preise auf den Getreidemärkten in den letzten Wochen wie-

den langsam abgebröckelt. Sie bewegen sich am Weltmarkt wieder auf dem tiefsten bisher erreichten Stand.

Von den Kolonialwarenmärkten ist nichts Besonderes zu berichten. Beim Gummi, der einen weiteren katastrophalen Preissturz erlitten hat und jetzt nur noch einige Prozent des Friedenspreises kostet, sind die ostasiatischen Abladungen immer noch sehr gross. Beim Kaffee enttäuscht der gute Stand der Bäume in Brasilien. Auf den Zuckerverbrauch drückt die grosse Arbeitslosigkeit in der Welt.

Die grosse Sensation war das Angebot des nordamerikanischen Farmamtes, Deutschland Warenkredite zur Verfügung zu stellen. Dass es sich bei Nordamerika darum handelt, das Farant zu entlasten und die riesigen Vorräte zu lockern, ist in ähnlichem Zusammenhang schon immer wieder an dieser Stelle festgestellt worden. Jetzt kommt dazu, dass eine derartige Bereinigung der Warenlager sich parteipolitisch für die kommende Präsidentenwahl äusserst günstig auswirken würde. Das nordamerikanische Angebot sieht Lieferung von Getreide, Kupfer und Baumwolle an Deutschland vor, bei einem Darlehen, das erst später - man spricht von 2 Jahren - gegen mässigen Zins zurückzuzahlen ist. Im allgemeinen sind Bedenken am Platze, sich Waren weit über Verbrauchsdauer kreditieren zu lassen. Unter den gegenwärtigen Umständen könnte Deutschland aber schon eine derartige Aktion verantworten. Die Verhandlungen scheinen jedoch nicht so vom Fleck zu gehen, wie man sich das anfänglich gedacht hat. Das dürfte wohl in den amerikanischen Preisforderungen liegen, die, wie man erfährt, Forderungen vorsehen, die um 20 bis 30 Prozent, teilweise auch mehr, über dem Durchschnitt des letzten Vierteljahres liegen. Eine derartige Preisstellung macht die amerikanische Ware trotz der niedrigen Zinsen für die deutsche Weiterverarbeitung sehr teuer.

SPD. Die Reichsregierung hat am Sonnabend die angekündigte Verordnung über die Erleichterung der Erntebewegung veröffentlicht. Nach dieser Verordnung wird die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft ermächtigt, Lagerscheine auszustellen, die übertragbar sind. Der Reichsernährungsminister wird zur Durchführung der Lagergeschäfte bei der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft eine Lagerordnung aufstellen und Vorschriften über Form und Inhalt der Lagerscheine erlassen.

In einer amtlichen Verlautbarung wird zu den ganzen Plänen bemerkt, dass die Aktion darauf abziele, den Saisondruck auf den Getreidemärkten zu mildern. Die Mittel dazu sind ausser der Lagerung "staatliche Magazinierung" und "Austauschexport". Zu der Magazinierung wird bemerkt, dass man daran denkt, "einige 100 000 Tonnen Roggen aus dem Markt zu nehmen", Etwas schamhaft verteidigt man sich, indem man sagt, dass es sich hier um keine Preistützungsaktion im Sinne der vorjährigen Massnahmen handle. In Wirklichkeit ist aber die angekündigte staatliche Magazinierung nichts anderes als eine regelrechte Preistützung. Der Unterschied kann nur der sein, dass die vorjährige Preistützung den überflüssigen Roggen der Schweinemast zuführte, um so die deutsche Handelsbilanz zu entlasten. Bei der "staatlichen Magazinierung" liegen die Dinge so, dass man klar das Ziel verfolgt, deutschen Roggen und deutschen Weizen nach dem Ausland zu verschleudern. Denn die amtliche Verlautbarung sieht sowohl die Ausfuhr von Roggen als auch von Weizen vor. Sehr vorsichtig spricht man beim Roggen von einem "Austausch deutschen Roggens gegen hochwertigen, für Spezialzwecke bevorzugten ausländischen Roggen" und von einem Austausch deutschen Weichweizens gegen ausländischen Hartweizen, "der in hinreichendem Umfange gegeben sei". Andererseits soll die Weizenvermahlungsquote für das ganze Jahr hindurch 97 Prozent betragen.

Wie man dabei die Finanzierung der Schleuderei im ersten halben Jahr des Getreidejahres durch Import im zweiten Halbjahr bewerkstelligen will, darüber sagt die amtliche Verlautbarung überhaupt nichts.

Die jetzt veröffentlichten Projekte des Herrn Schiele sind ein äusserst bedenkliches Produkt. Das zeigt sich besonders daran, wie man die Roggenfrage behandelt. Man will "einige 100 000 Tonnen Roggen" aus dem Markt nehmen, mit dem ausgesprochenen Zweck, die Preise zu steigern, obwohl jetzt noch der deutsche Roggenpreis mehr als doppelt so hoch ist als der Roggenpreis auf dem Weltmarkt. Man will weiter Roggen und Weizen, wieder mit dem ausdrücklichen Ziel der Preistreiberei, obwohl auch der Weizenpreis doppelt so hoch ist als der Weltmarktpreis, nach dem Ausland verschleudern. Hier erhebt sich die Frage, haben wir Weizen und Roggen im Ueberfluss? Reicht der deutsche Roggen und der deutsche Weizen aus, um den Bedarf sicher zu stellen? Haben wir es so dicke, dass wir dem Ausland unseren Roggen und unseren Weizen so gut wie schenken? Das ist nicht der Fall. Beim Roggen ist es durchaus fraglich, ob die Ernte den Bedarf deckt. Die Dinge liegen doch so, dass wir keineswegs Roggen zu viel haben und wenn die Schielesche Magazinierungs- und Exportprämienpolitik durchgeführt wird, werden wir bald erleben, dass der Roggenpreis in Deutschland höher steht als der Weizenpreis. Dann wird sich die ganze Landwirtschaft wieder auf den Anbau von Roggen stürzen, mit dem Ergebnis, dass wir im nächsten Jahr wieder Roggen zu viel haben und die Preise ins Bodenlose sinken. Dann wird man wieder nach der Hilfe und nach dem Geld des Staates rufen, damit der notleidenden Landwirtschaft, d.h. einer Landwirtschaft, die nicht Vernunft annehmen will, geholfen wird.

In der Verordnung erfährt auch die finanzielle Frage leider keine Lösung. Das einzig Positive, das mitgeteilt wird, ist "dass eine fühlbare zinsliche Erleichterung für die der Erntefinanzierung dienenden Mittel vom Reich und von der Reichsbank in ausreichendem Umfange sichergestellt ist". Es wird also zu einer Zinsdifferenzierung bei der Reichsbank kommen, mit der zu guter Letzt der Handel seine Profitgeschäfte machen wird. Abgesehen von der Zinsdifferenzierung erfährt man nichts. Früher hat man von der Hilfe privater Banken gesprochen und auch davon, dass Amerika in der Hoffnung, später Weizen nach Deutschland exportieren zu dürfen, Kredite zur Verfügung stellen werde. Davon hört man nichts mehr. Es scheint wohl nichts daraus geworden zu sein.

Was man für die Finanzierung all dieser bedenklichen Projekte aufweisen kann, fällt der Reichsbank zur Last. Und wenn auch hier die Dinge, wider Erwarten, einigermaßen laufen sollten, so sind doch die Projekte an sich so dilettantisch und so unsolid fundiert, dass die Pleite unausbleiblich sein dürfte.

SPD. In der "Kölnischen Zeitung" setzt sich Kreissparkassenleiter Fahlbusch-Köln mit dem Märchen, die Sparkassen hätten die finanzielle Krise verschuldet und müssten deshalb büssen, auseinander. Seinen wirkungsvollen Ausführungen entnehmen wir folgende Stelle, die hinreichend zeigt, dass unsere Prozentpatrioten die Schuld für die Finanzkrise tragen:

"Es war kein von eingeweihten Kreisen ängstlich behütetes Geheimnis mehr, dass gutes deutsches Geld seit Jahr und Tag in das Ausland flüchtete. Diese bei Auslandsbanken und in ausländischer Währung angelegten Summen hatten mit der Zeit eine solche Höhe angenommen, die auch für die deutsche Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung gewesen war. Das Abwandern deutschen Geldes wurde aufgewogen durch die Kredite ausländischer Banken und zwar haben mehr oder weniger dieselben Auslandsbanken, bei denen die Deutschen ihr Geld deponierten, dieses deutsche Geld vielfach mit einem gehörigen Zinszuschlag wieder über die deutschen Grossbanken dem deutschen Geldmarkt zugeführt, so dass oberflächlich gesehen, keine Veränderung eingetreten war. In Wirklichkeit waren aber ausländische Banken mit kurzfristigen Währungsgeldern die Beherrscher des deutschen Geldmarktes geworden und es war nur eine Frage der Zeit, wenn die Zurückziehung dieser kurzfristigen Währungsgelder zu einer erheblichen

Störung des deutschen Geldwesens führen musste. Erwähnt sei kurz noch der erhebliche Zinsschade, den die deutsche Volkswirtschaft aus dieser Transaktion hatte; denn es war bekannt, dass namentlich die schweizerischen Banken kaum noch Zinsen für Einlagen vergüteten, ja in manchen Fällen sich noch Depotgebühren für die Entgegennahme deutschen Geldes zahlen liessen. Ferner sind von Deutschen 3= und 3½prozentige ausländische Wertpapiere erworben worden und zwar ganz erheblich über pari, so dass auch daraus neben dem Zinsschaden sicherlich noch ein Kapitalverlust entstehen wird. Es war der unwürdige Zustand eingetreten, dass reiche ausländische Banken aus dem Geld des verarmten Deutschlands unverdiente Gewinne erzielen konnten."

Gute Bedarfsnachfrage.

(Berliner Getreidebörse vom 8. August)

SPD. Auch am Sonnabend verkehrte die Berliner Produktenbörse wieder in sehr fester Haltung. Das Angebot in Brotgetreide bei der Arten durch die Landwirtschaft war sehr knapp. Dabei hielt die gute Bedarfsnachfrage an. Auch ein stärkeres Deckungsbedürfnis in Weizen wie in Roggen machte sich geltend. Infolgedessen ergaben sich abermals grössere Preisgewinne beim Weizen um etwa 3 bis 4 und beim Roggen um 5 bis 6 Mark. Die Belebung am Mehlmarkt machte weitere Fortschritte bei zunehmender Befestigung der Preise. Auch Gerste hatte gut stetige Tendenz. Bei laufender Nachfrage des Konsums wurden hier ebenfalls Preisgewinne erzielt.

	<u>7. August</u>	<u>8. August</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	186 - 188	190 - 192
Roggen	147 - 148	152 - 153
Neue Wintergerste	140 - 156	141 - 157
Hafer	139 - 144	139 - 144
Weizenmehl	25,00 - 34,50	24,50 - 34,50
Roggenmehl	22,00 - 24,50	22,50 - 24,75
Weizenkleie	10,00 - 10,25	10,00 - 10,25
Roggenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 8. August. Amtliche Notierung der Berliner Butternotierungskommission ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 116, abfallende Sorten 102 RM. Tendenz: stetig.

 SPD. Der Deutsche Städtetag beschäftigt sich mit einem Projekt, das auf die Sanierung der öffentlichen Haushalte hinzielt. Man glaubt, die Vorschläge bereits in einigen Tagen der Öffentlichkeit unterbreiten zu können.



Die neuen Arbeitslosenziffern.

SPD. Wenn als Folge der kritischen Ereignisse auf dem Gebiet der Kreditwirtschaft ein rasches Ansteigen der Arbeitslosigkeit vielfach schon für Ende Juli erwartet wurde, so hat der tatsächliche Verlauf nach den letzten statistischen Meldungen der Arbeitsämter über die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Zeit vom 16. bis 31. Juli bis jetzt diesen Vermutungen nicht recht gegeben. Der neue Bericht der Reichsanstalt bietet folgendes Bild:

Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen um rund 20 000 auf rund 3 976 000 hält sich in engen Grenzen. In der zweiten Julihälfte des vorigen Jahres betrug die Zunahme - allerdings im Zuge einer rasch absinkenden Konjunktur - bereits etwa 50 000.

In der Arbeitslosenversicherung ist ein weiterer Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen und zwar um rund 39 000 auf rund 1 205 000. Die Belastung der Krisenfürsorge ist naturgemäß verhältnismäßig stark, nämlich um rund 57 000 auf rund 1 027 000 Hauptunterstützungsempfänger, angestiegen. Zum Teil dürfte in dieser Entwicklung noch eine Nachwirkung der seit dem 13. Juli in Kraft gesetzten neuen Bestimmungen zu erblicken sein, die in der Statistik vom 15. Juli wohl noch nicht voll zur Geltung kamen.

Die Landesarbeitsamtsbezirke Schlesien, Brandenburg und Pommern hatten, entgegen der allgemeinen Entwicklung, noch eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, hauptsächlich infolge der Anforderungen in der Landwirtschaft. Abgesehen von den Bezirken Sachsen und Südwestdeutschland, in denen nahezu keine Veränderung stattgefunden hat, hatten im übrigen alle Teile des Reiches an der Zunahme der Arbeitslosigkeit teil.

Die Getreideernte, die in der Berichtszeit fast überall im vollen Gange war, hatte einen hinter dem Vorjahr zurückbleibenden Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften zur Folge. In allen übrigen Berufsgruppen, abgesehen von begrenzten Sonderkonjunkturen auf einigen Gebieten (Wirkerei und Strickerei, einzelne Zweige des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes, Streckenarbeiten der Reichsbahn), überwogen die Anzeichen eines rückgängigen Beschäftigungsgrades.

Im Ruhrkohlenbergbau kamen am 31. Juli rund 3 200 Bergarbeiter zur Entlassung, zu Mitte August sind weitere Kündigungen ausgesprochen, und die Zahl der Feierschichten war im Juli mit rund 33 000 arbeitstäglich höher als im Vormonat. Etwas günstiger war die Lage im Braunkohlenbergbau, der noch einige Einstellungen vornahm. In den Hütten- und Walzwerken des westlichen Bezirkes und Oberschlesiens war der Auftragseingang und zum Teil auch die Beschäftigungsziffer geringer. Das Baugewerbe hatte infolge der Finanzschwierigkeiten und der Einstellung öffentlicher Bauten überall einen Rückgang der Beschäftigung zu verzeichnen. Die Entwicklung in der Metallindustrie war fast überall ungünstig. Ähnlich steht es mit dem Arbeitsmarkt der Holzverarbeitung.

Im Spinnstoffgewerbe machte sich die Pause zwischen Erledigung der Sommeraufträge und Beginn der Herbstarbeit bemerkbar; auch die Schwierigkeit der Beschaffung von Devisen für Rohstoffe wirkte störend. Nur in den Zweigen der Wirkerei und Strickerei sowie in wichtigen Zweigen der sächsischen Textilindustrie blieb die Beschäftigung günstig. Das Bekleidungs-gewerbe war zum Teil für Arbeitskräfte zur Wintersaison aufnahmefähig; in der Schuhindustrie fanden weitere Entlassungen statt.

Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt der Gastwirtsgehilfen hat sich in abgeschwächtem Masse fortgesetzt; die Ausreiseerschwerungen hatten in den südlichen Grenzbezirken, vor allem in Oberbayern, teils günstige, im Westen ungünstige Folgen.

+ + +

Eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit infolge der Kreditkrise ist also zunächst nicht eingetreten. Das ist erfreulich, jedoch noch lange kein Anlass zu Optimismus. Wir haben allen Grund, in Deutschland jede neue Beunruhigung zu vermeiden; denn nur so können wir vielleicht den Neuanstieg der Arbeitslosigkeit, der im Herbst zu erwarten ist, etwas hinausschieben. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir seit dem Höchststand im Winter nur einen Rückgang der Arbeitslosenzahl um rund 1 Millionen zu verzeichnen haben und dass die Arbeitslosenzahl im Augenblick gegenüber dem Vorjahr noch immer um 1¼ Millionen höher liegt.

Beachtenswert ist, dass jetzt zum ersten Mal die Krisenunterstütztenziffer über 1 Million hinaufgegangen ist. Wir haben es hier mit den Auswirkungen der Notverordnung zu tun. Die Arbeitslosenversicherung ist an der Unterstützung nur noch mit rund 30 Prozent beteiligt, die Krisenfürsorge bereits mit rund 26 Prozent und noch etwas stärker die kommunale Fürsorge. Es sind also alles in allem etwa 85 Prozent der Arbeitslosen in Unterstützung. Die Nichtunterstützten rekrutieren sich zum grossen Teil aus den Jugendlichen, verheirateten Frauen, Unbedürftigen und aus der Schar jener Glücklichen, die keine Unterstützung und keine Arbeit finden.

+

Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Brandenburg hat sich die Arbeitsmarktlage während der Berichtszeit vom 16. bis 31. Juli nicht nennenswert verändert. Die Zahl der Arbeitssuchenden ging um 2 462 auf 607 169 zurück. Die grosse Arbeitslosigkeit in Berlin wird am treffendsten durch die Tatsache gekennzeichnet, dass die Landesarbeitsamtsbezirke Ostpreussen, Pommern und Schlesien zusammen annähernd die gleichen Arbeitslosenzahlen aufweisen wie Berlin allein.

SPD. Mit Rücksicht auf die schwere Zeit hat der Gesamtvorstand des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen den für den 16. August nach Mainz einberufenen 35. Deutschen Krankenkassentag auf das nächste Jahr verschoben.

Der Gesamtvorstand glaubt es nicht verantworten zu können, die ohnehin auf äusserste angespannten Mittel der Kasse noch mit Delegationskosten für den Krankenkassentag zu belasten. Er darf sicher sein, dass seine Massnahme von allen Versicherten und Arbeitgebern gebilligt wird.

Wie überall, so muss, wenn es auch noch so schwer fällt, auch in der Krankenversicherung gespart werden. Erfreulicherweise ist zwischen den Kassen und den Aerztereinigungen bereits ein Abkommen getroffen worden, das eine Senkung der Arzthonorare bezweckt. Ueber seinen Inhalt haben wir bereits berichtet. Ein ähnliches Abkommen muss auch mit den Zahnärzten und Dentisten getroffen werden. Verhandlungen dazu sind bereits eingeleitet. Widerspenstig zeigen sich noch immer die Krankenhäuser. Vor allem machen die Kliniken Schwierigkeiten wegen des Röntgenbetriebs. Die Krankenkassen haben aber Röntgeninstitute, deren Einrichtungen mindestens so kostspielig sind, wie die der Universtitätskliniken und sie kommen dabei trotzdem auf ihre Rechnung.

Rechtzeitig Vorsorge treffen! So mahnt die "Deutsche Krankenkasse", die Zeitschrift des Hauptverbandes. "Nur wenn die Kassen sich leistungsfähig erhalten", betont das Organ des Hauptverbandes, "wird es möglich sein, das bescheidene Mass von Mehrleistungen, das sie ihren Versicherten heute noch zuteil werden lassen können, aufrecht zu erhalten. Wir müssen allerdings damit rechnen, dass unter Umständen auch die letzten Mehrleistungen nicht mehr zu halten sein werden."

Es ist besser, sich schon jetzt auf diese Möglichkeit einzustellen, als später die Versicherten urplötzlich mit einem völligen Leistungsabbau überraschen zu müssen".

SPD. Am kommenden Dienstag treten in Berlin die drei Internationalen des graphischen Gewerbes mit Vertretern graphischer Organisationen Englands zusammen, um einen festeren Zusammenschluss und ein engeres Zusammenarbeiten aller graphischen Organisationen auf internationaler Grundlage zu ermöglichen.

In der Liste der Teilnehmer sind sechs Vertreter verschiedener englischer graphischer Organisationen und 21 Vertreter der drei internationalen Verbindungen der Buchdrucker, Lithographen und Buchbinder sowie ein Vertreter des Internationalen Journalistenbundes verzeichnet.

SPD. "Der Deutsche", die Tageszeitung der Christen, jammert über "man= gelnde Objektivität" der sozialdemokratischen Presse, weil von ihr das "Jahr= buch der christlichen Gewerkschaften" ein wenig kritisch beleuchtet wurde. Die Kritik passt ihm nicht. Das mag sein. Aber er beschwert sich auch noch über "kleinliche Streitereien", die gerade in dieser Zeit wenig vorteilhaft für die Arbeiterschaft seien.

Kleinliche Streitereien? "Der Deutsche" ist darin Meister. Unmittelbar vor seiner Beschwerde brachte er es fertig, noch einmal die albernen, ollen Kamellen des Politisch=Gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes über unsere Stellungnahme in der Frage der Ratenzahlung der Gehälter aufzutischen. Auch er reitet den Blödsinn, wir seien für eine Verschleppung der Gehaltszahlung eingetreten. Derselbe "Deutsche" kann es sich auch nicht versagen, in der gleichen Nummer dem AfaBund mit einer geradezu dämlichen Ausschlichtung einiger Anträge zum Afa-Kongress anzurempeln. Kann er nicht wenigstens warten, bis der Kongress stattfindet? Hat er keine anderen Sorgen? "Gerade in dieser Zeit scheinen uns, "um mit den Worten des "Deutschen" zu sprechen, "so kleinliche Steitereien wenig vorteilhaft für die Arbeiterschaft zu sein".

SPD. Lübeck, 8. August (Eig. Drahtber.)
Lübeck, die alte Hansestadt, steht seit Sonnabend im Zeichen des Reichs= jugendtages des Zentralverbandes der Angestellten, d.h. der Gewerkschaft, die mit allen Mitteln daran arbeitet, die Verbindung der Handlungsgehilfen und Büroangestellten mit der Arbeitnehmerfront zu festigen. Das Merkheft, das den Jugendentagteilnehmern mit auf den Weg gegeben wird, ist der grossen Frage gewidmet die heute die jungen Köpfe aufs stärkste bewegt: Kapitalismus oder Sozialismus. Die Antwort der Jungmitglieder des ZdA wird auf dem Jugendtag in Form einer Manifestation für Demokratie und Sozialismus erfolgen. Ueber das Bekenntnis der Treue zu den grossen Idealen des Sozialismus hinaus dient die Veranstaltung vor allem gewerkschaftlichen Zwecken. Dem Jungvolk des Verbandes wird Gelegenheit gegeben werden, für Verkürzung der Arbeitszeit, für ausreichenden Urlaub und Verbesserung der Ausbildung einzutreten. Und nicht nur Arbeit und Beruf - auch staatsbürgerliche Fragen werden dem Jungvolk in Lübeck zur Erörterung gestellt, - in erster Linie - kurz vor dem Verfassungstag - die Be= deutung des Werkes von Weimar.